

#Amnistíadice 2:

Mit dem Gesetzentwurf zur Kriminalisierung der irregulären Migration ist niemandem gedient

Rodrigo Bustos, Geschäftsführer von Amnesty International Chile

<https://amnistia.cl/noticia/amnistiadice-nadie-gana-con-el-proyecto-que-criminaliza-la-migracion-irregular/>

27.04.2023

Derzeit wird ein Gesetzentwurf diskutiert, der die irreguläre Migration kriminalisieren soll. Bereits Anfang des Jahres haben die Behörden die Befugnisse zur Migrationskontrolle an die Streitkräfte übertragen und die Nordgrenze des Landes wurde militarisiert. In diesem Kontext finden die Diskussionen zum Gesetzesentwurf statt. Auch vor diesem Hintergrund hat sich die politische Debatte über die Zunahme der irregulären Migration und deren angeblicher Zusammenhang mit Kriminalität und organisiertem Verbrechen verschärft. Darüber hinaus hat die Staatsanwaltschaft ihre Behörde angewiesen, in allen Fällen, in denen Ausländer*innen bei der Begehung von Straftaten ertappt werden, Präventivhaft zu beantragen und diejenigen zu inhaftieren, die ihre Identität nicht durch "chilenische Dokumente" nachweisen können. All dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem der Kongress auch andere Gesetzesentwürfe im Zusammenhang mit der Ausübung der Rechte von Migranten und Flüchtlingen diskutiert.

Es ist wichtig, **daran zu erinnern, dass das chilenische Migrationsgesetz, das vor etwas mehr als einem Jahr in Kraft getreten ist, festlegt, dass Migranten nicht allein aufgrund ihres irregulären Status kriminalisiert werden dürfen.** Das macht Sinn, denn nicht alle Einreisenden sind vorbestraft. Illegale Einreise ist also nicht gleichbedeutend mit Kriminalität. Das Projekt, über das in diesen Tagen diskutiert wird, verstößt also gegen das geltende Einwanderungsrecht unseres Landes.

Es heißt, wenn "jemand durch das Fenster einsteigt", sei es in Ordnung, dies als Verbrechen zu ahnden. Aber kann unser Land in solchen Fällen wirklich nichts tun? Was passiert, wenn sich ein*e Ausländer*in der Migrationskontrolle entzieht? In diesem Fall ist eine administrative Ausweisung gemäß Gesetz Nr. 21.325 und seinen Verordnungen möglich. Mit anderen Worten: Es gibt bereits Mechanismen, um mit einer solchen Situation umzugehen, ohne dass ein Gesetz verabschiedet werden muss, das die Rechte der Migrant*innen verletzt und das zudem nicht auf die zugrundeliegende Situation eingeht.

Andererseits könnten die vorgeschlagenen Maßnahmen auch Geflüchtete betreffen, die aus ihrem Land fliehen mussten, weil ihr Leben, ihre Sicherheit oder ihre Freiheit durch allgemeine Gewalt, ausländische Aggression, interne Konflikte, massive Menschenrechtsverletzungen oder andere Umstände, die die öffentliche Ordnung ernsthaft beeinträchtigt haben, bedroht waren. So etwas wie ein "Asyl vor Unterdrückung", wie es in unserer Nationalhymne heißt.

Gerade im Bereich der Flucht hat Amnesty International eine Reihe von Praktiken festgestellt, die gegen geltendes Flüchtlingsrecht verstoßen. Zum einen werden schutzbedürftige Personen an der Grenze nicht ausreichend informiert. Im Gegenteil, sie sind Praktiken der Zurückweisung ausgesetzt, was nach internationalem Recht verboten ist und sie in größere Gefahr bringt. Zweitens erhalten schutzbedürftige Personen, denen die Einreise gelingt, auch keinen Zugang zum Asylrecht, da die ai dokumentierte illegale Praxis der Selbstanzeige und andere willkürliche Praktiken angewandt werden. Dies bedeutet, dass Menschen, die internationalen Schutz benötigen, wie z. B. Venezolaner*innen, angesichts der Unmöglichkeit, ein Visum zu erhalten, keine andere Möglichkeit haben, als irregulär einzureisen.

Kurz gesagt, die irreguläre Migration kann nicht einfach als eine Form der Kriminalität betrachtet werden, da ihre Kriminalisierung eine Diskriminierung von Menschen in ihrer Freizügigkeit darstellt. Daher ist es nicht nur wichtig, die Verabschiedung dieses Gesetzes zu verhindern, sondern auch, dass Chile die internationalen Normen für Personen, die Schutz benötigen, vollständig einhält.

Anstatt also die illegale Einreise zu bestrafen, wäre eine Migrationspolitik erforderlich, wie sie im bereits geltenden Einwanderungsgesetz vorgesehen ist. Eine solche Politik müsste sich mit den aktuellen Migrationsströmen befassen, ihre verschiedenen Ursachen berücksichtigen und umfassende Maßnahmen beschließen, wie beispielsweise eine multilaterale Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass dieser Notwendigkeit so verantwortungsvoll wie möglich begegnet wird, denn die Behörden dürfen bei ihren Entscheidungen die Menschenrechte nicht außer Acht lassen.

Sehen Sie sich den Leitartikel im folgenden Video an: [#AmnistíaDice ¿Qué significa ser una persona refugiada? - YouTube](#)